

Medizin-Importe: Studie nennt EU als wichtigste Bezugsquelle

Deutschland unabhängig von Asien

München. Deutschland hat im Handel mit medizinischen Gütern laut Ifo-Institut vergangenes Jahr einen Überschuss von 37 Milliarden Euro erwirtschaftet. „Die These, dass Deutschland beim Handel medizinischer Güter am Tropf der Globalisierung hängt, ist empirisch nicht belegbar“, betonten die Wirtschaftsforscher am Donnerstag. „Einen Überschuss gibt es sowohl beim Handel von Arzneien als auch von medizinischer Ausrüstung wie etwa Beatmungsgeräten oder Desinfektionsmitteln.“

Medikamentenvorrat empfohlen

Nur 0,8 Prozent der Arznei-Importe stammten aus Indien und China. Außerhalb der EU seien die USA, die Schweiz und Großbritannien wichtige Bezugsquellen, und 72 Prozent kämen aus EU-Staaten. „Bei Importen ist die Anzahl der Bezugsquellen wichtiger als die Frage, ob ein Produkt heimisch produziert oder importiert wird“, schreiben die Ifo-Forscher: „Mit der Zahl der Zulieferer sinkt die Abhängigkeit, und bei einer hinreichend hohen Zahl kann die Versorgung sogar stabiler sein als allein durch heimische Produktion.“ Die EU sollte Einfuhrzölle für alle medizinischen Produkte abschaffen. Deutschland kaufe zwei Drittel der Medizin-Importe in mehr als 30 Ländern ein.

Um Versorgungsengpässen vorzubeugen, sollte Deutschland aber einen nationalen Medikamentenvorrat anlegen, schlagen die Autoren der Studie vor. Die Vorräte müssten so lange reichen, bis die heimische Volkswirtschaft im Krisenfall selbst die Versorgung sicherstellen könne. *dpa*



Deutschland liefert mehr Medizingüter ins Ausland als es dort einkauft. *BILD: DPA*

Umwelt: Deutsche horten Millionen alte Smartphones

Ungenutzt, aber wertvoll

Berlin. In Deutschland nutzen knapp 70 Millionen Menschen ein Smartphone – und viele von ihnen haben noch ein oder mehrere alte Geräte ungenutzt in der Schublade liegen. Nach einer Hochrechnung des Digitalverbandes Bitkom horten die Menschen in Deutschland aktuell insgesamt 199,3 Millionen alte Smartphones oder Handys. Grundlage der Berechnung ist eine repräsentative Befragung.

Damit sei die Zahl der ungenutzten Handys innerhalb von zwei Jahren um 60 Prozent angestiegen. Im Zeitraum von fünf Jahren habe sich die Zahl sogar verdoppelt. Laut Bitkom besitzen 85 Prozent der Befragten mindestens ein unbenutztes Handy oder Smartphone, 51 Prozent haben sogar drei oder mehr ausrangierte Mobiltelefone. Der Verband wies darauf hin, dass die Altgeräte eine viele wertvolle Materialien enthalten. Umso wichtiger sei es, dass sie möglichst wiederverwendet oder fachgerecht verwertet werden. *dpa*



Ein verwaistes Café auf den Mannheimer Planken. *BILD: THOMAS TRÖSTER*

Interview: IHK-Präsident Manfred Schnabel appelliert an die Politik – damit Unternehmen nicht in Hilflosigkeit verfallen

„Aktuelle Regeln verschärfen die Diskriminierung“

Von Miray Caliskan

Mannheim. Nicht nur Geschäfte mit bis zu 800 Quadratmeter sollen ab Montag wieder öffnen dürfen, sondern auch größere Betriebe, die durch Absperrungen ihre Verkaufsfelder reduzieren können – das fordert Manfred Schnabel, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rhein-Neckar.

Herr Schnabel, die Teillockerung der Wirtschaft wird von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier begrüßt, Handelsverbände wiederum kritisieren die Entscheidung des Bundes massiv. Wie stehen Sie dazu?

Manfred Schnabel: Wir haben bereits jetzt eine große Diskriminierung erlebt, indem große Teile des spezialisierten Handels gleich zu Beginn der Corona-Krise schließen musste, während die gleichen Artikel als Randsortiment in anderen Vertriebsformen weiterverkauft werden durften. Verbunden mit der Verschiebung zum Online-Handel hat dies zu massiven Wettbewerbsverzerrungen und Störgefühlen geführt. Durch die entschiedene 800-Quadratmeter-Grenze ist nun für die meisten Branchen eine weitere Diskriminierung dazugekommen, nämlich, dass ein Geschäft mit 801 Quadratmeter nicht öffnen darf. Es sollte doch viel mehr darum gehen, wie das Unternehmen den Infektionsschutz gewährleisten kann. Das kann mit der 800-Quadratmeter-Entscheidung überhaupt nicht beantwortet werden. Es gibt keinen Indikator dafür, dass die größeren Betriebe dies schlechter gewährleisten können, als die kleineren.

Also hätte die Abgrenzung so aussehen sollen, welche Geschäfte die Hygienemaßnahmen umsetzen können und welche nicht.

Schnabel: Genau. Wir als IHK haben einen konkreten Vorschlag gemacht und diesen „Smart Reopening“ genannt: Betriebe könnten auf Basis der staatlichen Vorgaben und der Hinweise der Wirtschaftsorganisationen, also der Kammern und Verbände, einen eigenen Infektionsschutzplan erstellen, der wiederum von den Kommunen zu überprüfen wäre. Zum Beispiel könnte das Unternehmen einen Hygienebeauftragten benennen, der die Vorgaben auf die konkrete Situation des Unternehmens übersetzt. Dann könnten

die Betriebe öffnen, die das am besten gewährleisten können.

Wieso ist das der richtige Weg?

Schnabel: Weil so auf die individuellen Fragen der Betriebe eingegangen werden kann. Die eigentliche Problemstellung liegt ja auch in Augen der Bundeskanzlerin im öffentlichen Raum. Da haben wir ebenfalls Vorschläge: Dort, wo es nicht zu den befürchteten Ballungseffekten kommen kann, müsste die Grenzscheidung in jedem Fall angehoben werden. So könnten beispielsweise auch größere Fachmärkte, die hauptsächlich mit dem Individualverkehr erreichbar sind, problemlos früher öffnen. Dort, wo es zu Ballungseffekten kommen könnte, zum Beispiel auf den Planken, müssen Geschäfte dafür sorgen, dass alles für den Schutz getan wird. Und die Kommune muss schauen, dass die Regeln auch eingehalten werden, wie es momentan auch in den Parks geschieht. Was den ÖPNV angeht: Sobald ausreichend Masken verfügbar sind, sollte es auch eine Pflicht geben, diese zu tragen.

Zur Einordnung: Wie viele Geschäfte in der Innenstadt sind kleiner als 800 Quadratmeter?

Schnabel: Die Mannheimer City lebt von der guten Mischung aus größeren und kleineren Geschäften und der Vielfalt aus Ketten und inhabergeführten Geschäften. Genau diese Mischung fehlt nun, sodass auch den kleineren Betrieben nicht gedient ist, weil die Kundenfrequenz fehlt. Wir fordern – und das haben wir gerade an die Landesregierung adressiert – dass die größeren Betriebe, die Ihre Flächen durch Absperrungen reduzieren, dann auch öffnen dürfen. Zum Beispiel könnten bekannte Zuppferde Teilflächen bis 800 Quadratmeter für Kunden zugänglich machen und so die Attraktivität der Stadt für alle erhöhen. Auch sollten bei Betrieben, die einen guten Infektionsschutzkonzept nachweisen können, eine großzügigere Auslegung der Verkaufsfelder zugelassen werden.

Wieso ist es wichtig, die Regeln zu flexibilisieren?

Schnabel: Weil die aktuellen Regeln die Diskriminierung verschärfen. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, wieso ein Händler, der alle Hygienemaßnahmen erfüllt aber eine Fläche von 801 Quadratmeter hat, nicht öff-



Banker und Betriebswirt

Seit 2018 ist Manfred Schnabel Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rhein-Neckar.

Der gebürtige Mannheimer ist gelernter Bankkaufmann und hat zudem Betriebswirtschaftslehre studiert.

Der Geschäftsführende Gesellschafter der Expert Esch GmbH war viele Jahre Präsident des Einzelhandelsverbands Nordbaden, inzwischen ist er Vizepräsident. *be* (BILD: BLÜTHNER)

nen darf. Die Entscheidung der Politik ist völlig willkürlich. Deshalb hoffen wir, dass das Land bestehende Spielräume im Interesse der Betriebe nutzt. Emotional gesehen führt die Entscheidung, insbesondere bei den Unternehmen, die ums blanke Überleben kämpfen, zu einem tiefen Gefühl der Ungerechtigkeit. Die mittelgroßen Betriebe wurden ja auch bisher kaum unterstützt, denn die Soforthilfe des Landes war auf Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern begrenzt. Und genau diese mittelgroßen Geschäfte müssen weiterhin zu bleiben, während alle um sie herum öffnen dürfen. Das ist unfair.

Wie wird die IHK ihre Mitglieder nun konkret unterstützen?

Schnabel: Wir sind dabei gemeinsam mit den Verbänden, wie dem Handelsverband und der Dehoga, Konzepte auszuarbeiten, die von den Gemeinden hoffentlich auch akzeptiert werden. Wir versuchen die allgemeinen Vorgaben, die aus Berlin und Stuttgart kommen, lokal und branchenspezifisch herunter zu brechen, dass jeder Betrieb leicht ein eigenes passgenaues Infektionsschutzkonzept erstellen kann. Beispielsweise müssen Zutrittskontrollen in einem anonymen Umfeld ganz anders aussehen, als in einem kleineren Geschäft. Aber das ist theoretisch alles sehr gut machbar. Bei der praktischen Umsetzung wird

es Probleme geben, alle Betriebe mit Masken zu versorgen. Und Desinfektionsmittel sind auf dem Markt ebenfalls knapp, geschweige denn Spender. Und die Frage, wie man Kunden Toiletten zugänglich macht, muss ebenfalls beantwortet werden.

Im ursprünglichen Plan der IHK, die Wirtschaft wieder hochzufahren, hießes, dass auch Restaurants schrittweise öffnen sollten. Das ist zumindest jetzt nicht vorgesehen.

Schnabel: Auch hier hätte die Politik durchaus einen Anfang machen können. Wenn ein Restaurant einen Außenbereich hat, könnten die Tische in einem Abstand von vier Metern auseinandergestellt werden. Die Bedienung könnte einen Mundschutz tragen. Der Staat darf nicht länger Unternehmen pauschal nur deshalb schließen, weil sie den öffentlichen Raum belasten könnten. Die Entscheidung war vermutlich zu Beginn der Krise gerechtfertigt, aber jetzt ist sie es nicht mehr. Das Grundverständnis der Menschen, Distanz zu halten, ist ja da und die Unternehmen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Wie kann man mehr Intelligenz in das System bringen?

Schnabel: Man muss jetzt dafür sorgen, die weniger problematischen und riskanten Betriebe schnellstmöglich ans Netz zu bringen. Das ist der Handel in großen Bereichen, der das Thema Schutz sehr ernst nimmt. Das ist der Gastrobetrieb, der seine Infektionsschutzmaßnahmen einhalten kann. Je mehr Betriebe wieder anfangen Geld zu verdienen und dann auch Steuern zahlen, desto mehr Mittel hat man für die wirklichen schwierigen Fälle zur Verfügung – wie Großveranstalter, Kulturbetriebe oder den Tourismus. Da ist der Zusammenhang, den die Politik nicht ausreichend berücksichtigt.

Mehr Perspektive ist also gefragt.

Schnabel: Ja, weil die Unternehmen sich dann nicht so hilflos fühlen. Auch den Kinobetreibern muss man jetzt eine Perspektive geben, auch wenn sie möglicherweise erst in einer späteren Phase wiedereröffnen können. Warum soll man nicht damit starten, dass nur jeder vierte, fünfte oder zehnte Platz und jede dritte Reihe besetzt wird?

Langversion des Interviews unter morgenweb.de/wirtschaft

IN KÜRZE

Obermann Aufseher bei Airbus Amsterdam. Der frühere Telekom-Chef René Obermann ist zum Verwaltungsratsvorsitzenden bei Airbus gewählt worden. Der lange geplante Wechsel ist im Rahmen der Hauptversammlung von Airbus vollzogen worden, wie der Luft- und Raumfahrtkonzern mitteilte. Der Verwaltungsrat habe der Ernennung Obermanns zugestimmt. Der Deutsche löst den Franzosen Denis Ranque ab, der seinen Rückzug bereits im vergangenen Jahr angekündigt hatte. *dpa*

Griechenland leidet

Athen. Die Reisebranche in Griechenland rechnet für 2020 infolge der Corona-Krise mit heftigen Verlusten. „Dieses Jahr ist eine Katastrophe“, sagte am Donnerstag der Präsident des Verbandes der griechischen Reiseagenturen, Apostolos Tsilidis. Die Verluste könnten bis zu 22 Milliarden Euro betragen. Diese Summe hatte die Tourismusbranche vergangenes Jahr kassiert, hieß es. Das Schlimmste sei, dass niemand weiß, ob und wann der Flugverkehr wieder starten werde. *dpa*

Zalando zuversichtlich

Berlin. Der Internet-Modehändler Zalando blickt nach einem erwartungsgemäß schwachen Quartal infolge der Corona-Pandemie zuversichtlich nach vorne. „Die ersten Wochen im April lassen uns optimistisch auf das zweite Quartal blicken“, sagte Finanzvorstand David Schröber bei der Vorlage vorläufiger Daten für das erste Quartal. Im ersten Quartal rutschte Zalando tief in die roten Zahlen. Der Verlust beim bereinigten operativen Ergebnis (Ebit) dürfte in einer Spanne von 90 bis 110 Millionen Euro liegen. *dpa*

Corona-Krise: US-Arbeitsmarkt bricht binnen Wochen ein

22 Millionen verlieren Job

Washington. Wegen der Corona-Krise haben in den USA innerhalb eines Monats rund 22 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Damit dürfte die US-Arbeitslosenquote Experten zufolge nun deutlich über zehn Prozent liegen, womöglich sogar bei 14 Prozent. Einen genauen Wert gibt es noch nicht, weil die Statistik zuletzt nicht mit der brachialen Geschwindigkeit der Jobverluste Schritt halten konnte. Es handelt sich in jedem Fall um die dramatischste Entwicklung am amerikanischen Arbeitsmarkt seit vielen Jahrzehnten.

Hotels leer, Flüge gestrichen

In der Woche bis zum 11. April wurden 5,2 Millionen Neuanträge auf Arbeitslosenhilfe gestellt, wie das Arbeitsministerium am Donnerstag mitteilte. In den beiden Wochen zuvor es jeweils 6,6 Millionen Neuanträge gewesen, davor zuletzt 3,3 Millionen. Die Erstanträge gelten als Indikator für die kurzfristige Entwicklung des Arbeitsmarkts in der größten Volkswirtschaft der Welt. Sie deuten nun auf einen dramatischen Wirtschaftseinbruch hin. Bis zum März hatte die Zahl der Erstanträge regelmäßig unter 100 000 pro Woche gelegen.

Die rasante Ausbreitung des neuartigen Coronavirus hat das öffentliche Leben in den USA weitgehend zum Erliegen gebracht. Die große Mehrheit der rund 330 Millionen Amerikaner unterliegt Ausgangsbeschränkungen. Viele Geschäfte und Betriebe sind geschlossen, Restaurants und Hotels bleiben leer, Flüge sind massenhaft gestrichen, Veranstaltungen abgesagt. Viele Mitarbeiter geschlossener Unternehmen müssen daher Arbeitslosenhilfe beantragen. Zudem sind Entlassungen in den USA in der Regel weit einfacher möglich als etwa in Deutschland. *dpa*